

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Erfolgreiche systematische EU-Förderprogrammstrategie auch auf Förderprogramme des Bundes und der Zivilgesellschaft übertragen

Für Bremen als Haushaltsnotlageland ist es geboten, Möglichkeiten der Förderung durch EU- und Bundesprogramme sinnvoll zu nutzen und sich intensiver an Förderausschreibungen zu beteiligen. Auf diese Weise eingeworbene Fördermittel eröffnen Bremen und Bremerhaven Spielräume für Projekte, die im normalen Haushalt schwerlich zu finanzieren wären. Das Land Bremen profitiert bereits in nahezu allen Politikfeldern von ergänzenden Mitteln aus Brüssel. Nicht selten sind es vor allem die eingeworbenen „Drittmittel“, die innovative Projekte erst möglich machen oder finanziell absichern. So werden in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Arbeit, Wissenschaft und Umwelt erhebliche Mittel über EU-Förderprogramme eingeworben, um so wichtige Forschungsinnovationen oder auch die Förderung von notwendigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.

Nicht nur in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz oder nachhaltige Mobilität gibt es ergänzend zu den EU- Förderprogrammen eine Reihe von Bundesförderungen durch die öffentliche Hand aber auch von Initiativen, Vereinen und Verbänden. Das Fahrradmodellquartier wird beispielsweise als Gemeinschaftsprojekt der Freien Hansestadt Bremen und der Hochschule Bremen durch die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb des Bundesumweltministeriums „Klimaschutz durch Radverkehr“ realisiert.

Dänische Städte beteiligen sich systematisch – und deshalb sehr erfolgreich – an Förderprogrammen. Auch Bremen und Bremerhaven benötigen eine systematische Herangehensweise, um mehr Mittel insbesondere aus Förderprogrammen des Bundes zu erhalten. Für den Bereich der EU-Förderung ist in Bremen bereits ein sehr gutes Beratungsnetzwerk aufgebaut und ein Förderwegweiser erarbeitet wurden. Die EU-Abteilung und das Enterprise Europe Network Bremen bieten wichtige Unterstützung bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln an. Die Erfahrungen dieses Netzwerkes berücksichtigend, gilt es auch eine systematische Strategie des Senates aufzulegen, um erfolgreicher an Bundesprogrammen partizipieren zu können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. analog der erfolgreichen Ausschöpfung von EU-Fördermitteln, verstärkt an Bundesprogrammen bzw. Förderprogrammen von Initiativen, Vereinen und

Verbänden in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz oder nachhaltige Mobilität aber auch in anderen Bereichen zu partizipieren und dafür eine Strategie zu entwickeln. Dabei sind die vorhandenen guten Beispiele im Sinne von best practice zu ermitteln;

2. die hiermit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne einer verbesserten Teilnahme dafür fortzubilden;
3. hierbei auch darzustellen, wie Veranschlagung und Bewirtschaftung der notwendigen Komplementärmittel erfolgen könnte und
4. der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate nach Beschlussfassung darüber zu berichten.

Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD